
STADTLIPPSTADT

Öffentliche Bekanntmachung

Jahresabschluss der Stadt Lippstadt per 31.12.2018 und Bekanntmachung des Jahresabschlusses per 31.12.2018

Der Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Lippstadt hat den Jahresabschluss 2018, bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilergebnisrechnungen, Teilfinanzrechnungen, Bilanz, Anhang und Lagebericht der Stadt Lippstadt für das Haushaltsjahr vom 01.01.2018 bis 31.12.2018 nach § 101 GO NRW geprüft. Die Prüfung schließt mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk ab. Die Ergebnisrechnung 2018 schließt mit einem Überschuss in Höhe von **5.589.458,04** EUR ab. Die Bilanzsumme beläuft sich per 31.12.2018 auf **620.262.913,47** EUR.

Der Rat der Stadt Lippstadt hat in der Sitzung vom 16.12.2019 den geprüften Jahresabschluss 2018 festgestellt und dem Bürgermeister für den Jahresabschluss die Entlastung erteilt.

Bekanntmachung des Jahresabschlusses per 31.12.2018

Der Jahresabschluss per 31.12.2018 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Er ist gemäß § 96 Abs. 2 GO NRW der Landrätin des Kreises Soest als untere staatliche Verwaltungsbehörde mit Schreiben vom 17.01.2020 angezeigt worden.

Der Jahresabschluss per 31.12.2018 steht vom 21.01.2020 gemäß § 96 Abs. 2 Satz 2 GO NRW bis zur Feststellung des Jahresabschlusses per 31.12.2019 während der Dienststunden im Stadthaus, Ostwall 1, Zimmer 1.36, in Druckform zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Die Veröffentlichung erfolgt außerdem auf der Internetseite der Stadt Lippstadt unter

<https://www.lippstadt.de/stadthaus/finanzen/jahresabschluesse/>.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung oder Anzeige fehlt
- b) dieser Jahresabschluss ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Lippstadt, 17.01.2020

gez. Karin Rodeheger

Erste Beigeordnete und Stadtkämmerin